

(23.07.2012) Schulleiter in den Landkreisen Zollernalb und Reutlingen machen sich Sorgen um die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr. Bereits in den letzten Wochen des laufenden Schuljahres sei es vermehrt zu Unterrichtsausfällen gekommen, da das Kultusministerium den Schulen keine Mittel für Krankheitsvertretungen mehr zur Verfügung gestellt habe. Das ergab eine Umfrage des Münsinger Landtagsabgeordneten Andreas Glück (FDP) an den Schulen der beiden Landkreise.

Gegen Ende des Schuljahres häuften sich Klagen von Eltern, Lehrern und Schulleitern über zunehmende Unterrichtsausfälle an unseren Schulen. „Von den von der Kultusministerin angekündigten 2,5 Millionen Euro für Krankheitsvertretungen scheint offenbar kaum etwas bei uns angekommen zu sein“, so die Kritik von Andreas Glück. Zudem hatte das Kultusministerium im November 2011 abgelehnt, auf eine parlamentarische Initiative der FDP/DVP-Landtagsfraktion detailliert Auskunft über Unterrichtsausfälle zu geben.

Dies veranlasste Andreas Glück dazu, selbst vor Ort nachzufragen. Er schrieb alle staatlichen Schulen in den Landkreisen Reutlingen und Zollernalb an und bat die Schulleiter, einen Fragebogen zur Unterrichtsversorgung auszufüllen. Aus den Antworten geht hervor, dass im Schuljahr 2011/12 offenkundig große Probleme in der Praxis der Krankheitsvertretungen bestanden. Der reine Unterrichtsausfall betrug am Stichtag (14.Juni) 3,5 Prozent. Fast die Hälfte der Schulleiter gab an, dass dieser Unterrichtsausfall darauf zurückzuführen sei, dass von Seiten der Schulverwaltung nicht genügend Mittel oder Lehrerwochenstunden zur Verfügung gestellt würden. Insbesondere seit April seien auslaufende KV-Arbeitsverträge nicht mehr verlängert worden, was viele Schulen vor erhebliche Schwierigkeiten stellte, den regulären Unterricht aufrecht zu erhalten.

Für Andreas Glück ist das interessante Ergebnis der Umfrage nicht die Anzahl der entfallenen Unterrichtsstunden als solche: „Eine Ausfallquote von 3,5 Prozent ist nur die Spitze des Eisbergs. Sie ist nicht der eigentliche Indikator dafür, wie schwerwiegend das Problem ist. Denn Schulleitungsteams und Lehrer leisten eine bemerkenswerte Kompensationsarbeit, damit möglichst wenig Unterricht ausfällt.“ Ausfälle seien intern mit Engagement und logistischem Aufwand, Klassenzusammenlegungen, Streichen des Ergänzungsbereichs aber auch Mehrarbeit, aufgefangen worden. Dies führte insbesondere an kleineren Schulen zu einer erhöhten Belastung der Lehrkräfte, aber auch einer Verschlechterung des Bildungsangebots. Glück:
„Es zeigt sich wieder einmal, dass hier Politik auf Kosten des ländlichen Raums und unserer kleineren Schulen gemacht wird.“

Die Tatsache, dass sich knapp 50 Schulleiter an der freiwilligen Umfrage beteiligt haben, verdeutlicht das Bedürfnis, Sorgen an die Politik zu richten, so Glück weiter. Bezeichnend sei, dass bei 80 Prozent der Rückmeldungen die Chance genutzt wurde, ausführlicher auf die konkrete Situation an der Schule einzugehen und eigene Einschätzungen zur Schulpolitik abzugeben. Viele Schulleiter erwarten, dass sich im kommenden Schuljahr die Versorgung mit Krankheitsvertretern verschlechtern wird. Bereits jetzt seien sie angehalten, für das kommende Jahr nur den Pflichtunterricht zu planen. Ergänzungsangebote wie AGs werden unter den Tisch fallen.

„Grün-Rot sollte sich mehr auf das Zuhören konzentrieren, die Probleme der Schulen ernst nehmen und sicherstellen, dass deren begründete Sorgen für das kommende Schuljahr nicht Realität werden. Die Kultusministerin investiert offenbar lieber in das Prestigeprojekt Gemeinschaftsschule als flächendeckend eine stabile Unterrichtsversorgung zu gewährleisten“, so Andreas Glück.

[Artikel im GEA >>](#)

[Artikel in der Hohenzollerischen Zeitung \(SWP\) >>](#)